



## Positionen des Deutschen Psoriasis Bundes e.V.

Die Selbsthilfeorganisation für Menschen mit Schuppenflechte in Deutschland

### Bundestagswahl 2017 – DPB-Forderungen an die Politik

#### Der Deutsche Psoriasis Bund e.V. (DPB) fordert:

- Die Entscheidung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Psoriasis (Resolution A67/VR/9) muss in Deutschland anerkannt und umgesetzt werden, insbesondere durch Ergreifen der folgenden Maßnahmen:
  - Durchführung von Kampagnen und Aktionen, die der Stigmatisierung von Menschen mit Schuppenflechte entgegenwirken und auf die spezifischen Probleme der Erkrankten hinweisen.
  - Anpassung der Erkenntnisgrundlagen des politischen Betriebes in Deutschland an den aktuellen Stand des medizinischen Wissens durch Aktualisierung des Themenheftes Nr.11 ‚Schuppenflechte‘ der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Sofern im Robert Koch-Institut die hierfür erforderlichen Kapazitäten/Ressourcen nicht vorhanden sind, beauftragt die Bundesregierung den DPB mit der Aktualisierung des Themenheftes.
- Die Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) ist mit einem qualifizierten Vetorecht auszustatten, das zu einer Überprüfung von Beschlüssen führt und inhaltlich öffentlich darzulegen ist.
- Eine Unterstützung für indikations-spezifische Patientenselbsthilfeorganisationen, die Patientenvertreterinnen und Patientenvertreter zur

Mitberatung in den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) entsenden, ist zu schaffen:

- Um ihre Rekrutierungsarbeit nachhaltig gewährleisten und regelmäßige Abstimmungstreffen der Patientenvertreterinnen und Patientenvertreter ermöglichen zu können, sind die Patientenselbsthilfeorganisationen mit hinreichend finanziellen Mitteln auszustatten.
- Die besondere Fachlichkeit wie auch die beanspruchte Zeit der Patientenvertreterinnen und Patientenvertreter sind angemessen zu dotieren.
- An Patientinnen und Patienten soll unmittelbar nach jedem Arztbesuch eine laienverständliche Behandlungsdokumentation (ggf. auch in elektronischer Form) ausgehändigt werden. Die Ausgestaltung einer solchen Behandlungsdokumentation soll sich an ohnehin durch die behandelnden Ärztinnen und Ärzte anzufertigenden Dokumentationen (z.B. Medikationsplan, Abrechnungsdokumentation) orientieren.
- (Gesetzliche) Krankenkassen haben Anreize für Versicherte mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen zu schaffen, Mitgliedschaften bei entsprechenden indikationsspezifischen Patientenselbsthilfeorganisationen einzugehen bzw. aufrechtzuerhalten. Die Ausgestaltung solcher Anreize kann – in Anlehnung an bereits bestehende Maßnahmen (z.B. Bewegungsprogramme zur Prävention sog. Zivilisationskrankheiten, Rabattierung bei Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen) – in Form einer

Übernahme bzw. Bezuschussung der Mitgliedsbeiträge erfolgen.

- Die Pflicht zur Anrufung und verbindlichen Berücksichtigung der Stellungnahmen von zuständigen Ethikkommissionen ist bei allen klinischen Prüfungen beizubehalten. Die für die Genehmigungen von klinischen Prüfungen zuständigen Bundesoberbehörden dürfen sich nicht – auch nicht in Ausnahmefällen – über die Stellungnahmen der entsprechenden Ethikkommissionen hinwegsetzen.
- Es sind staatliche, öffentlich zugängliche Register einzurichten, in denen alle klinischen Studien mit Probanden und alle Pharmakovigilanz-Daten veröffentlicht werden.
- Hersteller von Arzneimitteln, Medizinprodukten und Hilfsmitteln sollen verpflichtet werden, ihren Produkten patientenverständliche Beipackzettel beizufügen.
- Auf verordnungspflichtige Arzneimittel ist ausschließlich ein ermäßigter Umsatzsteuersatz von 7,0 Prozent zu erheben.
- Der steuerliche Pauschbetrag für Menschen mit Behinderungen nach § 33b Einkommensteuergesetz soll angepasst werden. Der Pauschbetrag soll bei einem Grad der Behinderung (GdB) von 95 und 100 von derzeit 1.420,00 Euro erhöht werden auf mindestens das Doppelte – also auf mindestens 2.840,00 Euro. Die Pauschbeträge für die übrigen GdB-Stufen sollen entsprechend erhöht werden.

Hamburg im August 2016

DEUTSCHER PSORIASIS BUND e.V.

Otfrid Hillmann, Annette Behlau-Schnier  
Helene Ball, Manfred Greis